

mit Schwerpunkt Innovationen

ZEW-Konjunkturerwartungen beeinflussen Volatilität des DAX stark

Die ZEW-Konjunkturerwartungen gehören bekanntlich zu den am stärksten beachteten Frühindikatoren zukünftiger Konjunkturbewegungen. Unklar war bislang jedoch, wie schnell der Kapitalmarkt auf Veröffentlichungen dieser Art reagiert. Dies untersucht nun erstmals eine Studie an der Technischen Universität Darmstadt.

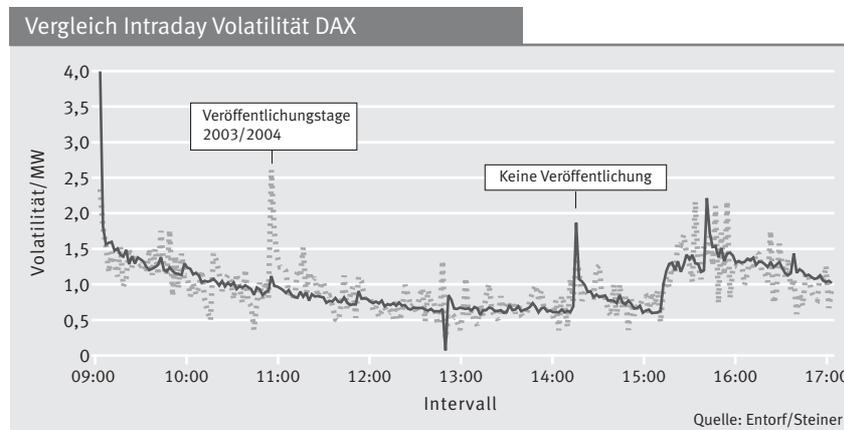
In einer kürzlich erschienen Studie (ZEW Discussion Paper No. 06-008) haben Horst Entorf, Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der TU Darmstadt und Forschungsprofessor am

lität erfolgen in weniger als einer Minute. Außerdem zeigt die Studie, dass der Einfluss unerwartet „guter“ Nachrichten stärker ist als der unerwartet „schlechter“ Nachrichten. Weitere wesentliche

kanntgabe ausgelösten Marktaktivitäten (Ruhe-vor-dem-Sturm-Effekt).

In der Grafik wird die durchschnittliche Volatilität des DAX an den Veröffentlichungstagen des ZEW-Indikators mit der Volatilität an den Nicht-Veröffentlichungstagen verglichen (ab 2003 erfolgte die Veröffentlichung um 11.00 Uhr, daher die Beschränkung auf 2003/04). Neben einer erhöhten Volatilität aufgrund der Marktunsicherheit nach Handelsstart um 9.00 geht mit der Veröffentlichung zahlreicher US-Indikatoren um 14:30 (CET) ein temporärer und mit der Eröffnung der US-Börse (15:30 CET) ein dauerhafter Anstieg der DAX-Volatilität einher. An den Tagen der ZEW-Veröffentlichung ist jedoch die Freigabe der ZEW-Prognose um 11.00 Uhr das Ereignis, das die Volatilität am stärksten beeinflusst. Es führt in signifikanter Weise zu einer Abweichung von der Referenzvolatilität der übrigen Börsentage.

Prof. Dr. Horst Entorf,
entorf@vwl.tu-darmstadt.de



ZEW, Mannheim, und sein Diplomand Christian Steiner die Wirkung auf den 15-sekündigen DAX untersucht. Bis Januar 2006 war dies die höchste verfügbare Messfrequenz des Xetra-DAX. Der Untersuchungszeitraum läuft vom 2. Januar 2002 bis einschließlich dem 30. September 2004. Dies entspricht 1.649.695 Beobachtungen. Die mittels verschiedener Methoden der empirischen Kapitalmarktforschung ermittelten Ergebnisse offenbaren sekundenschnelle Reaktionen, die nur wenige Minuten in signifikanter Weise messbar bleiben. Die stärksten Ausschläge bei Rendite und Volati-

Schlussfolgerungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die sehr schnellen Marktreaktionen bestätigen eine hohe Effizienz der Informationsverarbeitung am deutschen Aktienmarkt.
- Gegenläufige Marktreaktionen sprechen für die Existenz von „Mean Reversion“ (Tendenz der Rückkehr zum Mittelwert).
- Innerhalb der fünf bis zehn Minuten vor Bekanntgabe der ZEW-Konjunkturprognose sinkt die Volatilität der DAX-Renditen in Antizipation und Konzentration auf die nach der Be-

IN DIESER AUSGABE

ZEW-Konjunkturerwartungen beeinflussen Volatilität des DAX stark	1
Befristete Arbeitsverträge: Bessere Beschäftigungschancen als erwartet	2
Bessere Unternehmensbewertung durch erweitertes Multiplikatorverfahren	3
Sozialhilfekopplung trägt zu hoher Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter bei	4
ZEW Konferenz	5
Neuerscheinungen, Termine, ZEW intern	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Befristete Arbeitsverträge: Bessere Beschäftigungschancen als erwartet

Dienen befristete Arbeitsverträge der Integration in den ersten Arbeitsmarkt, oder sind sie Arbeitsverhältnisse zweiter Klasse, die für die weitere Erwerbsbiographie keine Perspektiven bieten? Ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Projekt des ZEW kommt zu differenzierten Ergebnissen.

Kern des Projekts war es, kausale Wirkungen zu identifizieren: In welchem Grad ist die Beschäftigungssituation eines Arbeitnehmers tatsächlich auf den Abschluss des Arbeitsvertrags als befristetes oder unbefristetes Erwerbsverhältnis zurückzuführen? Dieser Frage wurde auf der Grundlage des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) mit ähnlichen Methoden nachgegangen, wie sie zur Evaluation arbeitsmarktpolitischer Programme heute Standard sind. Dabei wurden die kausalen Effekte aus dem Vergleich mit einer geeigneten Kontrollgruppe ermittelt.

Die Grafik zeigt die Wahrscheinlichkeit für einen durchschnittlichen Arbeitnehmer, der im Jahr 0 ein befristetes Arbeitsverhältnis abschließt, in den Jahren 1 bis 8 in Beschäftigung zu stehen. Zum Vergleich ist die Erwerbssituation eines statistisch identischen Arbeitnehmers dargestellt, der zum gleichen Zeitpunkt

ein unbefristetes Arbeitsverhältnis eingegangen ist. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Arbeitnehmer inzwischen den Betrieb gewechselt hatte.

Befristete Verträge: Langfristig keine negativen Folgen

Erkennbar ist die höhere Arbeitsplatzsicherheit in den ersten Jahren für unbefristet Beschäftigte. Während von den befristet eingestellten männlichen Arbeitnehmern nach einem Jahr nur noch gut 80 Prozent in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sind es in der Kontrollgruppe fast 90 Prozent. Zugleich lässt sich jedoch feststellen, dass sich die Unterschiede im Laufe der Zeit angleichen, insbesondere bei den Frauen (siehe Grafik). So sind in sieben Jahre nach der Einstellung in beiden Gruppen etwa zwei Drittel der ursprünglich Eingestellten im Einstellungsbetrieb oder in einem anderen Betrieb beschäftigt. Der Anstieg der Beschäftigungsquote der ursprünglich unbefristet Beschäftigten im Zeitpunkt 8 ist statistisch nicht signifikant und sollte daher nicht so interpretiert werden, dass dann die Beschäftigungschancen für diese Gruppe besser sind als für ursprünglich befristet Beschäftigte. Die Beschäftigungsquoten

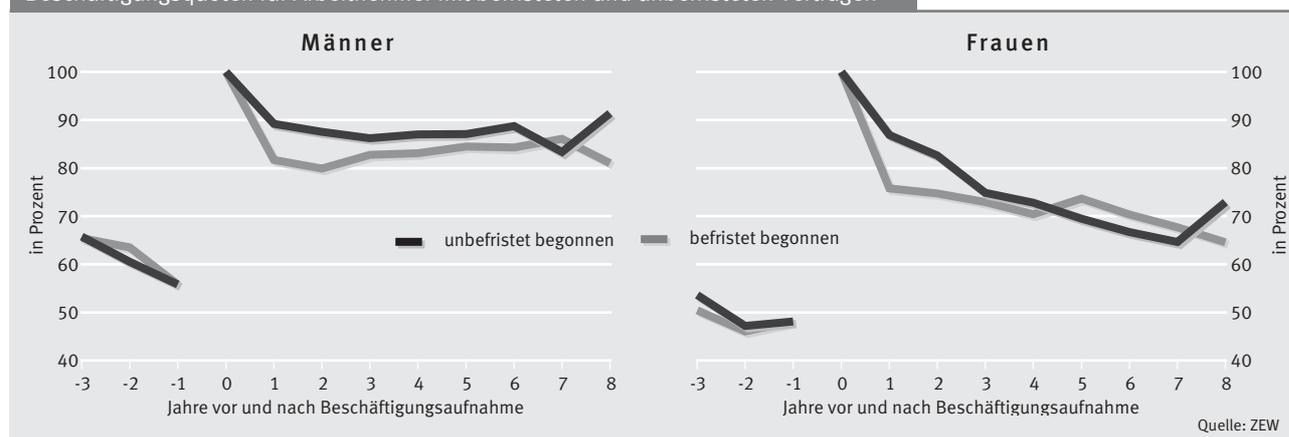
vor dem Zeitpunkt der Einstellungen sind zwischen beiden Gruppen gleich und deuten darauf hin, dass zwischen den betrachteten befristet Beschäftigten und der Kontrollgruppe tatsächlich keine sonstigen Unterschiede bestehen.

Diese Ergebnisse sprechen dafür, dass befristete Verträge keine langfristig negativen Folgen für die Erwerbssituation der Betroffenen hervorrufen. Andere Ergebnisse der Studie zeigen, dass sie auch für Arbeitslose die Wahrscheinlichkeit erhöhen, in der Zukunft in einem Beschäftigungsverhältnis zu stehen.

Die Wahrnehmung der Beschäftigungssituation während einer befristeten Beschäftigung ist jedoch deutlich schlechter als in unbefristeten Verträgen. Dies zeigen Auswertungen von Angaben der Beschäftigten zur subjektiven Einschätzung der Erwerbssituation. Gefragt wurde dabei nach Arbeitsplatzsicherheit, Entlohnung, Aufstiegsmöglichkeiten, Zugang zu Weiterbildung und ungerechtfertigter Kritik durch Kollegen und Vorgesetzte. Der Kontrollgruppenansatz deutet klar darauf hin, dass befristete Beschäftigung in jeder dieser Dimensionen von den Betroffenen als schlechter angesehen wird.

PD Dr. Bernhard Boockmann,
boockmann@zew.de

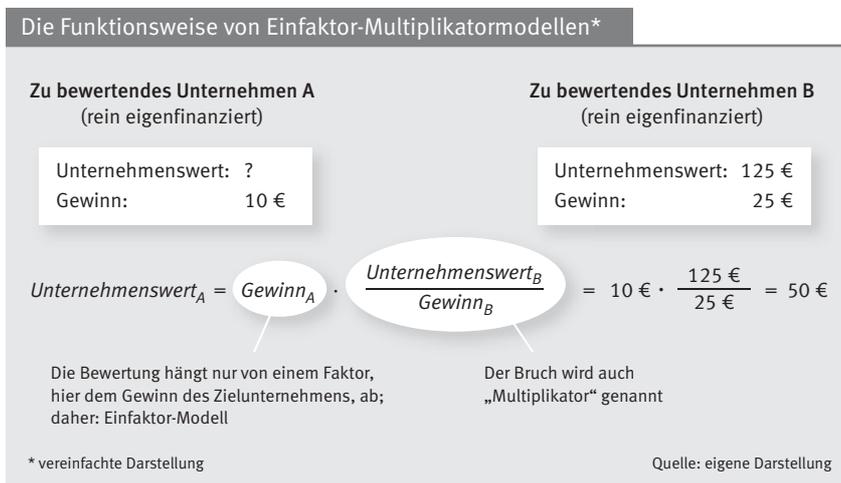
Beschäftigungsquoten für Arbeitnehmer mit befristeten und unbefristeten Verträgen



FORSCHUNGSERGEBNISSE

Sinnvolle Unternehmensbewertung durch erweitertes Multiplikatorverfahren

Für den Kauf und Verkauf von Aktien, bei Börsengängen sowie im Rahmen von M&A-Transaktionen ist die Bestimmung von Unternehmenswerten von großer Bedeutung. Ein in der Praxis gerne verwendetes Bewertungsverfahren ist das so genannte Multiplikatorverfahren. Anwender schätzen die mit seiner Hilfe mögliche schnelle Wertermittlung und die unkomplizierte Handhabbarkeit. Von Seiten der Wissenschaft wird allerdings kritisiert, dass dieses Verfahren zu ungenau und theoretisch nicht fundiert sei. Neue Analysen am ZEW zeigen, dass sich die Bewertungsgenauigkeit des Multiplikatorverfahrens erhöhen kann, wenn zusätzliche Faktoren in die Berechnungen einbezogen werden.



Das Multiplikatorverfahren leitet den Wert eines Unternehmens aus den Börsenkursen vergleichbarer Unternehmen oder aus erzielten Preisen für Transaktionen vergleichbarer Unternehmen ab. Von Seiten der Wissenschaft wird kritisiert, dass die methodische Qualität dieser Vorgehensweise problematisch ist, weil es kaum möglich sei, identische Vergleichsunternehmen zu finden und es des Weiteren fraglich sei, ob der Kapitalmarkt diese Unternehmen im Sinne der Bewertungsabsicht korrekt bewerte.

Eine Diskussion, die ausschließlich auf diesen Kritikpunkt abstellt, greift allerdings zu kurz. Die Qualität einer Unternehmensbewertung hängt eben nur zum Teil von der Fähigkeit des Modells ab, theoretisch fundierte Werte zu ermitteln. Mindestens ebenso wichtig ist, wie das Modell mit der Problematik der Prognoseunsicherheit umgeht. In diesem Punkt zeigt sich, dass das Multi-

plikatorverfahren durchaus Vorzüge hat. So verlangt die in der Praxis dominierende Einfaktor-Variante des Multiplikatorverfahrens (siehe Grafik) vom Bewertenden in erster Linie, dass er Unternehmen mit nahezu identischen langfristigen Cash-Flow-Wachstumsraten identifizieren kann. Dies bedarf zwar gewisser Prognosefähigkeiten, allerdings sind die Ansprüche niedriger als beispielsweise beim Discounted-Cash-Flow-Verfahren, das die explizite Vorhersage zukünftiger Zahlungsüberschüsse erfordert.

Mehrfaktor- statt Einfaktormodell

Moderne Multiplikatorbewertung bietet allerdings noch weitere Vorteile. ZEW-Untersuchungen zeigen, dass es möglich ist, die klassischen Einfaktor-Multiplikatormodelle zu einem Mehrfaktor-Modell zu erweitern. Damit verringern sich die Anforderungen an die Ver-

gleichbarkeit der in die Bewertung einbezogenen Unternehmen. So entfällt beispielsweise durch die Anwendung eines Modells, das auf den Bezugsgrößen „Jahresüberschuss“ und „Buchwert des Eigenkapitals“ basiert, die Notwendigkeit der Vorhersage eines identischen Cash-Flow-Wachstums zweier oder mehrerer Unternehmen. An Stelle der Wachstumsrate als Kriterium tritt ein Parameter für die Beständigkeit der Cash Flows. Diese Beständigkeit ist aber typischerweise für (zumindest die meisten) Unternehmen einer Branche identisch, sodass durch die Selektion auf Basis von Branchenzugehörigkeit ein hohes Maß an Vergleichbarkeit erzielt werden kann. Empirische Analysen des ZEW belegen in diesem Zusammenhang, dass die Bewertungsgenauigkeit bei der Anwendung von bestimmten Multifaktor-Modellen steigt.

Das zweite wichtige Ergebnis der ZEW-Analysen ist, dass dem Bewertenden nun konkrete Hinweise an die Hand gegeben werden können, unter welchen Rahmenbedingungen er welche Bezugsgrößen anwenden sollte. So lässt sich theoretisch und empirisch zeigen, ob es abhängig vom Wettbewerbsgrad einer Branche beziehungsweise von der Asset-Struktur oder Finanzierungssituation des zu bewertenden Unternehmens vorteilhafter ist, auf Buchwert-basierte oder auf Ertrags-basierte Multiplikatormodelle zurückzugreifen. Generell gilt dabei, dass Modelle mit Buchwertbezug immer dann umso stärker gewichtet werden sollten, je intensiver das Wettbewerbsumfeld, je anlageintensiver die Vermögensstruktur und je höher die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens ist.

Eine umfassende Analyse zu diesem Thema erscheint in Kürze unter dem Titel „The Market Approach to Comparable Company Valuation“ als Band 35 der Reihe ZEW Economic Studies.

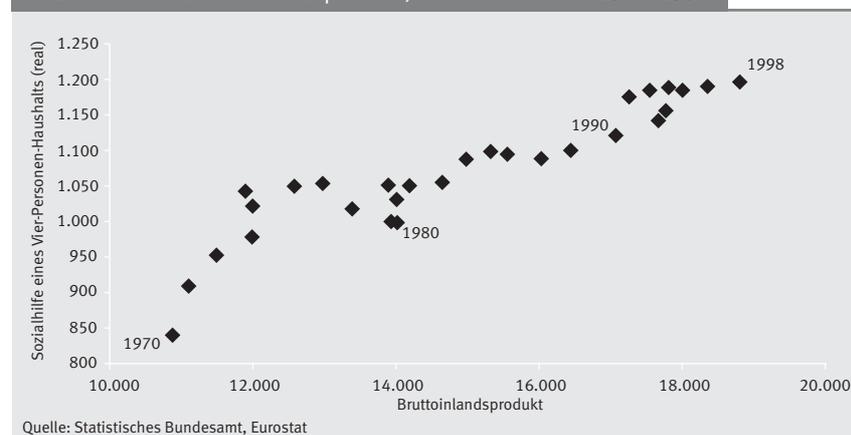
Dr. Matthias Meitner

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Sozialhilfekopplung trägt zu hoher Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter bei

Neue Technologien in Organisation und Produktion haben für hoch qualifizierte Arbeitskräfte steigende Einkünfte verursacht. Da die Sozialhilfe in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern an das Durchschnittseinkommen gekoppelt ist, gelingt es so zwar einerseits, Bezieher geringer Einkünfte am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft teilhaben zu lassen. Andererseits kann der durch gestiegene Sozialtransfers für Geringqualifizierte verringerte Anreiz, Arbeit aufzunehmen, höhere Arbeitslosigkeit für diese Gruppe auslösen.

Sozialhilfe und Bruttoinlandsprodukt, Westdeutschland 1970-1998



Die Sozialhilfe wie auch das neue ALG II sind in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern qua Gesetz verknüpft mit den Durchschnittslöhnen, dem Pro-Kopf-Einkommen oder mit dem Rentenniveau, das seinerseits an die Durchschnittslöhne gekoppelt ist. Eine ZEW-Studie untersucht den Einfluss dieser gesetzlichen Regelung auf die Entwicklung von Lohnungleichheit zwischen Qualifikationsgruppen und die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter.

Die Autoren weisen nach, dass die durch neue Technologien gestiegene Nachfrage nach Hochqualifizierten indirekt über ein gestiegenes Sozialhilfeniveau für eine höhere Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter mitverantwortlich ist. Grund hierfür ist, dass die steigende Nachfrage nach Hochqualifizierten zu höheren Löhnen für diese Gruppe führt. Dies wiederum impliziert steigende Durchschnittslöhne, was in Ländern, in denen Einkommen und Sozialhilfe ge-

koppelt sind, ein steigendes Sozialhilfeniveau nach sich zieht. Durch ein gestiegenes Sozialhilfeniveau können in Lohnverhandlungen für Geringqualifizierte höhere Löhne durchgesetzt werden. Da diesen Lohnerhöhungen keine entsprechenden Produktivitätssteigerungen gegenüber stehen, führt dies zu steigender Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten. Steigende Löhne für Geringqualifizierte haben aber die Konsequenz, den Anstieg der Lohnungleichheit zwischen Qualifikationsgruppen zu bremsen.

Unterschiede zwischen Kontinentaleuropa und Angelsachsen

Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern ist somit nicht nur den starken deutschen Gewerkschaften die Hauptschuld an der steigenden Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten zuzusprechen, sondern zudem der Verknüpfung von Sozialhilfe und durchschnittlichem

Lebensstandard. In den angelsächsischen Ländern ist die Sozialhilfe in den vergangenen 25 Jahren real konstant geblieben oder sogar gesunken. Das Sozialhilfeniveau hat sich also nicht an den Lebensstandard angepasst. Dies erklärt, warum in den angelsächsischen Ländern die qualifikatorische Lohnungleichheit deutlich gestiegen ist, während sich die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter dort kaum verändert hat.

In einer Analyse der gesetzlichen Rahmenbedingungen für zwölf kontinentaleuropäische Länder zeigen die Autoren, dass nahezu alle Länder de-facto- oder de-jure die Höhe der Leistungen des Sozialhilfesystems an das Durchschnittseinkommen binden. Gibt es keine de-jure Bindung wie etwa in Frankreich, Spanien oder Belgien, so werden die Leistungen entweder gelegentlich an das Durchschnittseinkommen angepasst und/oder es existiert ein Mindestlohn, der gesetzlich an das Durchschnittseinkommen gekoppelt ist.

In der wissenschaftlichen Diskussion wurden bisher Unterschiede der Niveaus der qualifikatorischen Arbeitslosigkeitsquoten und der Lohnungleichheit in Kontinentaleuropa und angelsächsischen Ländern vor allem mit der Rolle der Gewerkschaften, der Arbeitslosenunterstützung oder des Kündigungsschutzes erklärt. Der Rolle der Sozialhilfe für die Dynamik der Arbeitslosigkeitsquoten und der Lohnungleichheit wurde hingegen weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Umso bemerkenswerter ist es, dass eine Sozialhilfekopplung offenbar große Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Lohnungleichheit hervorrufen kann und dass nachgewiesen werden konnte, dass dieser Unterschied zwischen den angelsächsischen Ländern und Kontinentaleuropa existiert.

Alfred Garloff, garloff@zew.de
Matthias Weiss, weiss@mea.uni-mannheim.de

ZEW-KONFERENZ

Rhein-Main-Neckar Arbeitsmarktseminar

Eine neue Seminarreihe, die den wissenschaftlichen Austausch zwischen Universitäten und Forschungsinstituten fördern soll, stieß auf großes Interesse bei Doktoranden und Habilitanden. So trafen im Rahmen des Rhein-Main-Neckar Arbeitsmarktseminars im Wintersemester 2005/2006 erstmals mehr als 30 Nachwuchswissenschaftler der Universitäten Frankfurt am Main, Mainz, Darmstadt, Mannheim und des ZEW zusammen. Ziel des Seminars ist es, theoretische und empirisch orientierte Arbeitsmarktökonomien der Region regelmäßig zum Austausch von Forschungsergebnissen zusammen zu führen.

In zwei Nachmittagssitzungen, an denen auch mehrere Professoren der beteiligten Universitäten teilnahmen, stellten die Wissenschaftler insgesamt sechs Papiere vor und diskutierten sie. Die Koordination und Programmzusammenstellung im Wintersemester übernahm Alexander Spermann (ZEW). Der Veranstaltungsort rotiert zwischen den beteiligten Universitäten und dem ZEW. Ein erster Termin im Sommersemester wird an der Universität Frankfurt am Main stattfinden, koordiniert von Bernd Fitzenberger.

Beschäftigungswirkungen von beruflicher Weiterbildung

In der ersten Sitzung des Arbeitsmarktseminars am 18. November 2005 eröffnete Martin Biewen, Universität Frankfurt am Main, diese neue Reihe. Er untersuchte zusammen mit Bernd Fitzenberger, Aderonke Osikominu und Marie Waller die Beschäftigungswirkungen von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in den Jahren 2000 bis 2002 auf individueller Ebene. Er verdeutlichte das Evaluationsdesign und zeigte erste deskriptive Ergebnisse.

Florian Baumann, Universität Mainz, stellte ein theoretisches Papier zu Effizienzlöhnen und Abfindungszahlungen mit endogenen Schocks vor. Abfindungszahlung dienen in Effizienzlohn-

modellen als zusätzlicher Leistungsanreiz. Wenn jedoch die Intensität des Arbeitseinsatzes die Entlassungswahrscheinlichkeit beeinflusst, was eher der Realität entspricht, dann wirken Abfindungszahlungen kontraproduktiv, denn sie reduzieren die Anreize für die Arbeitnehmer, sich anzustrengen. Das Korreferat hielt Nicole Gürtzgen vom ZEW.

Jens Rubart, Technische Universität Darmstadt, beschäftigte sich mit Arbeitsmarktfriktionen im Konjunkturzyklus, wobei er theoretische und empirische Evidenz aus den Vereinigten Staaten und Europa anführte. Alfred Garloff (ZEW) hielt das Korreferat.

Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen profitieren nicht

In der zweiten Sitzung am 2. Dezember 2005 berichtete Stephan L. Thomsen von der Universität Frankfurt am Main

me an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Das Korreferat hielt Henrik Winterhager (ZEW).

Andrea M. Weber, Technische Universität Darmstadt, referierte über Instrumentvariablen-schätzungen zu den Bildungseffekten des Einschulungsalters. In ihrer gemeinsamen Arbeit mit Patrick A. Puhani zeigte sie, dass Kinder, die auf Grund bestehender Regelungen mit etwa sieben anstatt mit sechs Jahren eingeschult werden, später signifikant bessere Leistungen erbringen und höhere Bildungsabschlüsse erzielen. Der Korreferent war Andreas Ammermüller (ZEW).

Johannes Gernandt (ZEW) trug eine gemeinsame Arbeit mit Friedhelm Pfeiffer (ZEW) zu Einstiegsgehältern bei unvollkommenen Arbeitsmärkten vor. In dieser Arbeit untersuchen die Autoren empirisch die Beobachtung, dass Einsteiger deutlich weniger als betriebstreue Arbeitnehmer verdienen. Es zeigte sich,



über die Beschäftigungseffekte von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Es zeigte sich, dass – unabhängig von der Dauer der vorangehenden Arbeitslosigkeitsdauer – die Beschäftigungseffekte für Männer und Frauen in Ostdeutschland auch noch 30 Monate nach dem Abschluss einer Maßnahme negativ sind. Lediglich Frauen in Westdeutschland, die im dritten, fünften oder achten Quartal ihrer Arbeitslosigkeit mit einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme begonnen haben, profitieren von der Teilnah-

me an einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Das Korreferat hielt Henrik Winterhager (ZEW). Es zeigte sich, dass lediglich bis zu 65 Prozent dieses Lohndifferenzials durch beobachtete Unterschiede erklärt werden kann. Die Autoren berechnen die durch Nominallohnrigiditäten verursachte (hypothetische) Lohnaufschwemmung bei Einstiegsgehältern. Ursachen für die zu hohen Einstiegsgehälter können Effizienzgehälter oder Flächentarife sein.

Das dritte Rhein-Main-Neckar Arbeitsmarktseminar im Wintersemester findet am 17. März 2006 am ZEW statt.

Alexander Spermann, spermann@zew.de

ZEW INTERN

ZEW schneidet in Studie zu Publikationsaktivitäten der Wirtschaftsforschungsinstitute sehr gut ab

Eine aktuelle Studie der Technischen Universität München im Auftrag des Handelsblatts kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Publikationstätigkeit der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in renommierten wissenschaftlichen Fachzeitschriften im Zeitraum von 1997 bis 2005 mehr als verdoppelt hat.

Zu diesem erfreulichen Ergebnis hat auch ein starker Anstieg der Publikationen von ZEW-Mitarbeitern beigetragen. So erreichte das ZEW im Zeitraum der Jahre 2003 bis 2005 einen Anteil von 22 Prozent an allen von den sieben untersuchten Wirtschaftsforschungsinstituten in renommierten Fachzeitschriften veröffentlichten Beiträgen. Das ist eine hervorragende Position. Der Wettbewerb ist allerdings hart, und so können inzwischen auch einige andere Institute ein sehr gutes Publikationsniveau vorweisen. Gemessen an der Publikationsleistung pro Wissenschaftler liegen laut Studie mittlerweile das ZEW, das ifo Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Weltwirtschaft gleichauf, während die anderen Wirtschaftsforschungsinstitute deutlich dahinter liegen.

Für die Studie wurde ausgewertet, wie viele Seiten pro Wissenschaftler der Wirtschaftsforschungsinstitute in 42 ökonomischen Fachzeitschriften zwischen 1997 und 2005 jährlich veröffentlicht wurden. Bei der Bewertung der Forschungsleistung berücksichtigt die Untersuchung mehrere Faktoren: die wissenschaftliche Reputation der Fachzeitschrift, die Länge des Aufsatzes und die Anzahl der Ko-Autoren.

EXPERTENSEMINARE

- 22.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I, Vektor-Autoregressive Modelle
- 23.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II, Nicht-stationäre Zeitreihen und Kointegration
- 23.3.2006 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren (Berlin)
- 24.3.2006 Finanzmarkt-Ökonometrie: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III, Erstellung von Prognosemodellen
- 28.3.2006 Verrechnungspreise – Betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Grundlagen
- 4.4.2006 Konzernsteuerquote
- 5.4.2006 Zugang zu Rechtsakten und Dokumenten der EU – EU-Material sichten und verstehen
- 6.4.2006 Portfolioanalyse und Portfoliomanagement
- 25./26.4.2006 Modernes Bond-Portfoliomanagement (Frankfurt/Main)
- 27.4.2006 Verrechnungspreise – aktuelle Problemfelder
- 8./9.5.2006 Liquiditätsrisiken in Kreditinstituten – Messung, Management und Controlling
- 15.5.2006 Panelökonometrie I
- 16.5.2006 Panelökonometrie II
- 17.5.2006 Wettbewerbsanalyse – Anforderungen an ein auf Früherkennung ausgerichtetes Wettbewerbsanalyzesystem
- 22./23.5.2006 Economic Modelling Workshop 2006 – Economic Evaluation of Income and Consumption Tax Reforms

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de → Expertenseminare
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW WIRTSCHAFTSANALYSEN

Christian Rammer, Volker Zimmermann, Elisabeth Müller, Diana Heger, Birgit Aschhoff, Frank Reize

Innovationspotenziale von kleinen und mittleren Unternehmen

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind eine wichtige Stütze des Innovationsgeschehens in Deutschland. 95 Prozent aller innovierenden Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe haben weniger als 500 Beschäftigte, in den wissensintensiven Dienstleistungen liegt diese Quote sogar bei 98 Prozent. In den vergangenen Jahren hat die Innovationskraft der KMU in Deutschland allerdings nachgelassen. Angesichts der großen Bedeutung von KMU ist es eine dringende Aufgabe der Innovationspolitik in Deutschland, hier gegenzusteuern.

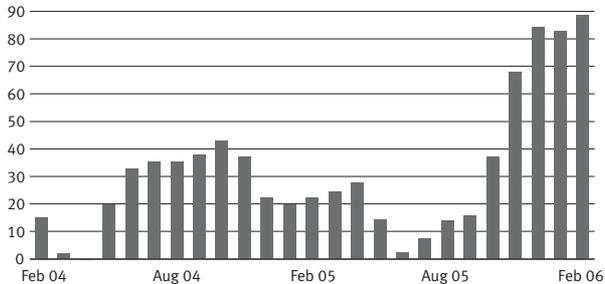
Diese Studie befasst sich mit der Frage, welche Faktoren KMU in Deutschland aktuell an Innovationsaktivitäten hindern und welche Innovationspotenziale vorhanden sind. Dabei wird explizit die Heterogenität des KMU-Sektors berücksichtigt. Denn KMU unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Forschungsorientierung, ihrer Markterfahrung und ihrer Wettbewerbsposition beträchtlich. Für die verschiedenen KMU-Gruppen wird das Innovationsverhalten in den vergangenen fünf Jahren, der Zusammenhang zwischen Finanzierung und Innovation, die öffentliche Förderung von Innovationsaktivitäten sowie vorhandene Innovationspotenziale in KMU untersucht. Das Buch schließt mit einer Diskussion der Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen staatlicher Maßnahmen zur Förderung von Innovationen in KMU in Deutschland.

ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW, Band 79, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2005, ISBN 3-8329-1788-8



DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar

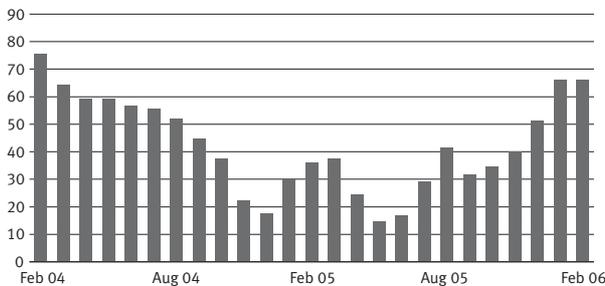


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhung steht bevor

Die Zahl der Finanzmarktexperten, die eine Zinserhöhung erwarten, steigt in diesem Monat deutlich. Nunmehr 88,7 Prozent aller Befragten gehen davon aus, dass die Europäische Zentralbank die Zinsen ein weiteres Mal anheben wird. In der Tat deuten derzeit monetäre Indikatoren darauf hin, dass eine restriktivere Geldpolitik nötig sein wird, um die Inflationsrisiken einzudämmen. Daneben gewinnt die konjunkturelle Erholung im Euroraum an Breite, sodass eine Zinserhöhung den beginnenden Aufschwung nicht hemmen dürfte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



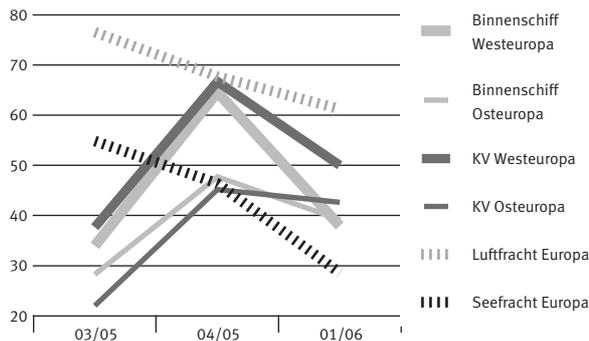
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Konjunktur im Euroraum: Erwartungen stabilisiert

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum haben sich im Februar auf hohem Niveau stabilisiert. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +66,0 Punkten nach +66,1 Punkten im Januar. Entscheidend dürfte sein, dass sich Binnen- nachfrage und Arbeitslosenquote solide entwickelt haben. Jedoch sind die Risiken einer Überbewertung an den Immobilienmärkten einiger Länder gestiegen. Eine Korrektur der Hauspreise könnte den privaten Konsum beeinträchtigen.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Transportmärkte: Experten nehmen Preissteigerungserwartungen zurück

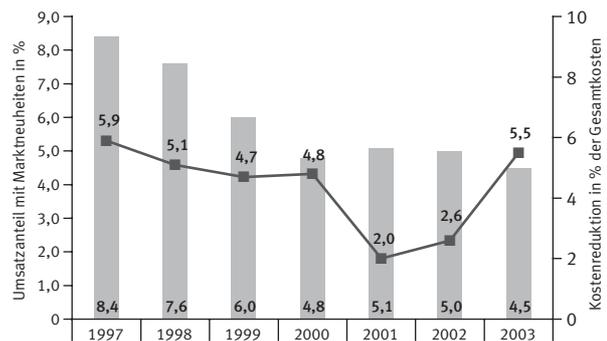


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ ZEW schätzen im ersten Quartal 2006 den Saldo aus steigenden und sinkenden Preiserwartungen für das kommende halbe Jahr für alle Transportmärkte schwächer ein als im vierten Quartal 2005. Im Hinblick auf den Rückgang der Preiserwartungen zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede je nach Transportmarkt und -relation. So ist der Rückgang des Saldos der Preiserwartungen im osteuropäischen Kombinierten Verkehr (KV) mit 2,5 Prozentpunkten am geringsten. In der westeuropäischen Binnenschifffahrt ist er hingegen mit 26,7 Prozentpunkten am größten.

Georg Bühler, buehler@zew.de

Gummi und Kunststoff verarbeitende Industrie: Kostensenkungsanteil deutlich gestiegen



Quelle: ZEW

Der Anteil der durch Prozessinnovationen verringerten Stückkosten in der Gummi und Kunststoff verarbeitenden Industrie lag 2003 bei 5,5 Prozent. Seit 1997 gab es in dieser Branche keinen ähnlich hohen Rationalisierungserfolg. Diese Entwicklung ist auf den hohen Preisdruck zurückzuführen, in dem sich die Unternehmen befinden: Der Anstieg der Rohstoffpreise und Energiekosten und der gleichzeitig verhaltene Anstieg der Erzeugerpreise im Kunststoff verarbeitenden Gewerbe hat zu einem Margeneinbruch geführt. Die Unternehmen versuchen, mit Kostensenkungen dem Rückgang ihrer Gewinnspanne entgegenzuwirken.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

STANDPUNKT



Schlechte Geschäfte

Der Tod sei eine soziale Krankheit – an diesen, dem berühmten Pathologen Rudolf Virchow (1821-1902) zugeschriebenen Ausspruch erinnert die neu aufgeflamnte Debatte über Verteilungsgerechtigkeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Zwar ist der positive statistische Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens und der Lebenserwartung längst bekannt und unstrittig. Gleichwohl dient er neuerdings zur Begründung einer stärkeren Umverteilung in der Gesetzlichen Rentenversicherung, welche in einschlägigen Zirkeln selbstverständlich auf begeisterten Zuspruch stößt.

Auf der Grundlage von Daten des Sozio-Oekonomischen Panels der Jahre 2000 bis 2004 errechnet sich für Männer eine Lebenserwartung von rund 71 Jahren, wenn sie ein monatliches Bruttoeinkommen unter 1.500 Euro erzielen und von 80 Jahren bei mehr als 4.500 Euro. Bei Frauen belaufen sich die Zahlen bei denselben Einkommenskategorien auf über 78 Jahre beziehungsweise über 87 Jahre. Frauen leben mithin im statistischen Durchschnitt knapp sieben Jahre länger.

Wenn man möchte, lassen sich freilich noch ganz andere Zusammenhänge konstatieren. Alte Eltern und Großeltern bieten gute Chancen, sich selbst auch eines langen Lebens zu erfreuen. Hingegen muss ein übergewichtiger Raucher im Alter von 40 Jahren damit rechnen, dass er zwischen 13 und 14 Jahre an mittlerer Lebenserwartung einbüßt. Und schließlich: Nach Angaben von Bert Rürup, dem Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, werden protestantische Pastoren älter als Journalisten – wer hätte das gedacht.

So weit der Befund, woraus sich die Gefechtslage ergibt. Gutverdiener sollen – so die Forderung – höhere Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, Geringverdiener analog entlastet werden, weil für sie das derzeitige System ein schlechtes Geschäft sei. Aber warum auf halbem Wege stehen bleiben? Möge doch die Gesetzliche Rentenversicherung eben-

so Beitragspflichtige mit alten Eltern und Großeltern, Schlanke und Nichtraucher, protestantische Pastoren und – horribile dictu – Frauen entsprechend stärker zur Kasse bitten. Damit sollten „Unisex-Tarife“ dann generell wieder ad acta gelegt werden, eine nicht unwillkommene Vorstellung – zumindest aus der Sicht der Männer.

Aber wieso sollen Differenzierungen nur bei der gesetzlichen Rentenversicherung stattfinden? Die Arbeitslosenversicherung bietet sich gleichfalls an. Gut ausgebildete Arbeitnehmer besitzen ein weitaus niedrigeres Arbeitslosigkeitsrisiko als gering qualifizierte. Da dies bekannt ist und es vor allem junge Leute zu einem guten Teil selbst in der Hand haben, in ihr Humankapital zu investieren, wäre es so gesehen nur recht und billig, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit höherer Qualifikation des Arbeitnehmers zu senken und vice versa. Ist dieser Gedanke nicht von vornherein abwegig?

Gleichwohl verstoßen diese Überlegungen zu differenzierten Beitragszahlungen gegen ein Prinzip, welches nach allgemeiner, obschon nicht unumstößlicher Auffassung ein konstitutives Merkmal der Sozialversicherung darstellt. Deren Kennzeichen sei das Solidaritätsprinzip, das heißt individuelle Risiken der Versicherten werden durch Beiträge, die von diesen Risiken beeinflussenden Merkmalen abstrahieren, wegtypisiert und dadurch von allen Versicherten gemeinsam getragen.

Wie dem auch immer sein mag, mit der gesetzlichen Rentenversicherung bedienen sich die Einkommensumverteiler eines untauglichen Objekts. Umverteilung sollte dort betrieben werden, wo sie hingehört, nämlich im Steuersystem, gegebenenfalls unter Zuhilfenahme von Transferzahlungen. Außerdem muss bei der Diskussion über die Verteilungsgerechtigkeit der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von derzeit rund 55 Milliarden Euro berücksichtigt werden, zu dessen Aufbringung Steuerzahler mit hohen Einkommen weit überproportional beitragen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006